

Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 26 (1986)

Artikel: Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft - oder umgekehrt
Autor: Gschwendi, Hanspeter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172516>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hanspeter Gschwend

Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft – oder umgekehrt

Der Verfasser illustriert folgende Sichtweise: Die grüne Bewegung hat sich in kleine Gruppen aufgesplittert. Während der Zwang zum Konsens und zum Kompromiss den radikalen Gruppen minimale Chancen gibt, in die Entscheidungsgremien vorzustossen, bleiben die gemässigten Gruppen zu klein, um einen direkten Einfluss auf die Entscheidungen zu nehmen. Die Wirkung der grünen Bewegung auf die etablierten Parteien bleibt weitgehend auf der deklamatorischen Ebene. Indem diese Parteien in mehr oder weniger weitgehendem Mass grüne Postulate übernehmen, absorbieren sie deren ganze Dynamik. In ihrem Handeln berücksichtigen die Politiker bis jetzt weder die faktische Bedeutung der ökologischen Probleme noch die Tatsache, dass diese die Öffentlichkeit zur Zeit am meisten beunruhigen. Mit andern Worten: Der Einfluss der grünen Bewegung auf die etablierte Politik ist geringer als der Einfluss dieser Politik auf die grünen Ideen. Das wird sich nur ändern, wenn der Druck von Seiten der Öffentlichkeit zunimmt, wenn diese Öffentlichkeit auch bereit ist, die Lasten einer konsequenten Umweltpolitik zu tragen, und wenn neue ökologische Katastrophen die Notwendigkeit radikaler Massnahmen erweisen.

Le mouvement écologique s'est divisé, selon l'auteur, en de petits groupes. D'une part, les plus extrêmes parmi eux n'ont quasiment pas de chance de participer aux instances de décision, les contraintes exigées de compromis et de consensus dans la politique suisse les empêchent de facto. Les modérés, d'autre part, sont trop peu nombreux pour influencer les décisions. L'effet du mouvement écologique sur les partis traditionnels se limite à la seule adaptation de leur discours. En reprenant, à des degrés divers, les postulats écologiques, les partis traditionnels résorbent toutes les dynamiques des verts. Actuellement, les politiciens ne tiennent pas compte de l'importance réelle des problèmes écologiques et négligent ainsi la préoccupation essentielle de la population sur le plan politique. Le mouvement écologique influence donc la politique traditionnelle dans une moindre mesure que celle-ci influe sur l'impact des verts. Ce rapport changera le jour où la pression de la population augmentera, où celle-ci sera prête à prendre en charge le coût d'une réelle politique écologique, où, enfin, de nouvelles catastrophes écologiques en prouveront la nécessité.

Abkürzungen in den Anmerkungen

- BaZ = Basler Zeitung
- BZ = Berner Zeitung
- NZZ = Neue Zürcher Zeitung
- TA = Tagesanzeiger, Zürich
- WOZ = Wochen-Zeitung, Zürich
- Interv. = Interviews des Verfassers mit der jeweils genannten Persönlichkeit, Typoskript (im Original in Mundart).

I. Einleitung

Dies ist kein wissenschaftlicher Aufsatz, sondern die Arbeit eines Journalisten. Ich möchte meinen nach journalistischen Methoden recherchierten Gesichtspunkt beschreiben und illustrieren. Dafür hole ich die Beispiele aus der deutschen Schweiz und weitgehend aus der Politik auf Bundesebene.

Grün denken heisst radikal umdenken. Grün handeln heisst radikal anders handeln. Das andere in Schlagworten: Statt Wachstum Stabilisierung (bzw. statt quantitativem Wachstum qualitatives Wachstum); statt Ausbeutung der Natur Pflege der natürlichen Austauschzyklen; vernetztes Denken statt linearem; statt gewaltsam-aggressivem Verhalten gewaltlose Konfliktlösung. Im grünen Welt- und Menschenbild ist die Handlungsfreiheit des Menschen begrenzt durch die Gesetze des ökologischen Gleichgewichts. Die Dualität Geist-Materie ist aufgehoben, und damit auch die Überlegenheit und Verfügungsgewalt des Geistes über die Materie.

Auf die politische Ebene übertragen heisst das: Radikale Abkehr von den vorherrschenden (westlichen und östlichen) Wirtschafts- und Produktionssystemen, Verzicht auf militärisch gestütztes Sicherheitsdenken, Abkehr von materialistisch ausgerichteter Wohlfahrtspolitik, eine Bevölkerungspolitik nach den Prinzipien von Solidarität und Respektierung der Autonomie und Eigenart der Drittweltländer.

Naturgemäss sind es radikale Menschen und Gruppierungen, die einen solchen Paradigmenwechsel im Denken und Handeln vollziehen und fordern. In der Schweiz finden wir sie am rechten und am linken Flügel der bestehenden Parteienlandschaft und im freien, nach den Kriterien rechts und links nicht ortbaren Feld innerhalb und ausserhalb der Parteien. Dies aber nimmt der Bewegung in ihrer konsequenten Ausprägung jede Überlebenschance. Die politischen Spielregeln in unserem Land bedeuten ein Todesurteil über alle Radikalen und «Heimatlosen». Dies soll im folgenden illustriert werden. Offen bleibt die Frage, ob und in welchem Mass der kompromittierte Einbezug ökologischen Denkens in die praktische Politik einen sukzessiven Paradigmenwechsel bewirkt, und vor allem, ob der ausreicht, den faktisch drohenden ökologischen Kollaps zu vermeiden.

II. Die Zersplitterung der Grünen

Der Versuch, die schweizerische Parteienlandschaft um eine starke grüne Partei zu bereichern, ist (bisher) gescheitert. Die Einsicht, dass radikales ökologisches Denken und Handeln sich nicht mit der schweizerischen Kompromiss- Konsensrealpolitik vereinen lässt, führt zu einer Distanzierung der pragmatisch ausgerichteten Grünen (in der BRD die «Realos») von den radikalen Grünen (den «Fundis» in der BRD). Die Radikalen ihrerseits können

mit den Gemässigten nicht gemeinsame Sache machen, da diese in ihren Augen die einzig heilbringende, umfassende grüne Weltsicht auf einige ökologische Postulate reduzieren. In diesem Konflikt und im basisdemokratischen Denken der meisten Grünen hat die Zersplitterung der grünen Bewegung ihren Ursprung.

1. Grün auf dem Weg vom Extrem zur Mitte

Grün wurde von Anfang an und teils zu Recht mit extrem links oder extrem rechts assoziiert. 1971, schon bevor es eine grüne Bewegung gab, hatte die Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA) eine Grundsatzerklärung verabschiedet, in der sie festhielt: «Ökologische Katastrophen mondialen Ausmasses sind in absehbarer Zeit zu erwarten. Durch die heutige Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik wird die Lage für das Schweizer Volk zunehmend gefährlicher. Die NA hält es für ihre Aufgabe und Pflicht, für eine Änderung der allgemeinen Politik in dem Sinn zu kämpfen, dass unser Volk in einem eng begrenzten Lebensraum den zu erwartenden Krisen vorbereitet entgegentreten kann.»¹ Ein Mann der äusseren Rechten, der ehemalige Republikaner Christian Vetsch (Thurgau) war es auch, der sich als erster in der deutschen Schweiz mit einem grünen Programm in die Bundespolitik einschalten wollte. 1978 gründete er die Grüne Aktion Zukunft Schweiz und kündete an, mit einer Zehnerliste für den Nationalrat zu kandidieren.² Auf der andern Seite hatte sich die POCH seit ihrer Gründung auf kantonaler und kommunaler Ebene mit grünen Postulaten profiliert, vor allem im Bereich der Stadtentwicklungspolitik und der Verkehrspolitik.

Kurz nach der Gründung der Grünen Aktion Zukunft Schweiz, Ende August 1978, wurde die Grüne Partei des Kantons Zürich (GPZ) gegründet, die im November des gleichen Jahres gemeinsam mit drei Umweltschutzgruppierungen der Welschschweiz eine Beteiligung an den Nationalratswahlen ankündigte.³ Die GPZ begründete ihre Schritte damit, die etablierten politischen Kräfte würden die Sorge um die Umwelt vernachlässigen, sie wolle Umweltschutzpolitik aber weder der äusseren Rechten noch der extremen Linken überlassen. Mit diesem Versuch zur Gründung einer Art «Partei der ökologischen Mitte» begann der Prozess der Zersplitterung der grünen Kräfte. Weder Vetschs Gruppierung noch die GPZ vermochten, einen Nationalratssitz zu erringen (wohl aber das Waadtländer Groupement pour la Protection de l'Environnement mit Daniel Brélaz).

1 Resolution der Delegiertenversammlung der NA vom 27. 3. 1971 in Olten.

2 BaZ 8. 8. 1978.

3 TA 26. 8. 1978, 2. 9. 1978, NZZ 14. 11. 1978.

2. Föderationsversuche enden mit neuen Spaltungen

Fünf Jahre später, vor den Nationalratswahlen 1983, hatte die Sorge um die Umwelt in der Bevölkerung drastisch zugenommen. Doch was sich 1979 in der «grünen Szene» im kleinen abgespielt hatte, wiederholte sich im grösseren Rahmen. In verschiedenen Kantonen der deutschen Schweiz hatten sich unterdessen parteienähnliche grüne Gruppierungen gebildet, zum Beispiel die Demokratische Alternative (DA) im Kanton Bern, die Grüne Alternative Basel (GAB), das Kritische Forum Ybach (Schwyz) oder die Rheintalische Umweltschutzvereinigung.⁴ Auf Gemeinde- und Kantonsebene hatten diese Gruppierungen zum Teil beachtliche Wahlerfolge, vor allem die gemässigte GPZ in Zürich und die radikalere DA in Bern. Luzius Theiler, Gründer der DA, versuchte im Hinblick auf die Nationalratswahlen, die grünen Gruppen zu einer gesamtschweizerischen Föderation zusammenzubringen und so besseren Zugang zu den Massenmedien und mehr Durchschlagskraft zu erreichen. Der Versuch scheiterte in Raten. Zuerst wurden die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) und die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) als «nationale parteipolitische Organisationen» ausgeschlossen. Dann führte der Versuch, unter den übrigen radikalen und den gemässigten Gruppen ein gemeinsames Minimalprogramm zu finden, zu einer Spaltung. Die Gemässigten schlossen sich zur Föderation der Grünen Parteien der Schweiz (GPS) zusammen; sie wollen auf der Basis der bestehenden Grundordnung politisieren, streben eine kontrollierte Entwicklung unserer Industriegesellschaft nach ökologischen Massstäben an und verfechten dezentralisierte autonome Politik in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Diese systemimmanente Politik nach dem Muster der GPZ wurde von den unter Anführung der DA in der Grünen Alternative Schweiz (GRAS) zusammengefassten radikalen Gruppen als technokratisch abgelehnt, während die GPS der Absage an die bestehenden Wirtschafts- und Produktionsformen, der radikalen Neuordnung der Beziehungen zur Dritten Welt und der Forderung nach Abrüstung inklusive Abschaffung der Schweizer Armee nicht zustimmen konnte.⁵ Ergebnis: Nebst der Wiederwahl von Brélaz und eines weiteren Nationalratssitzes für einen welschen Gemässigten ein einziger deutschschweizer Sitz für einen Kandidaten der GPS. Gesamtschweizerisch erhielt die GPS 1,7 Prozent der Wählerstimmen, die GRAS hingegen weniger als die Hälfte, nämlich 0,8 Prozent.⁶

Dieses Ergebnis kann jenen Recht geben, die nur in der Abgrenzung gegen die linken Grünen (die «Wassermelonen» oder «Kürbisse», aussen grün und innen rot) eine reelle Wahlchance sehen. Ob POCH-Nationalrat Andreas Herczogs Prognose eingetroffen wäre, eine Allianz zwischen allen grünen

4 TA 5. 3. 1983.

5 BZ 12. 10. 1982, TA 5. 3. 1983, WOZ 25. 3. 1983, BZ 20. 10. 1983.

6 Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern, *Schweizerische Politik 1983*, Bern 1984, S. 33.

Kräften und der POCH hätte wie bei den Grünen in Deutschland einen Wähleranteil von 10 Prozent gebracht, ist zweifelhaft.⁷ «Grün in Kombination mit Rot scheint den meisten Wählern zu neu, zu ungewohnt zu sein», schrieb der Historiker und Politologe Peter Gilg in einer Wahlanalyse.⁸

Der «Zwang zur Mitte» verhinderte dann auch die Bildung einer grünen Fraktion im Nationalrat. Der parteilose, ökologisch engagierte Überraschungssieger Herbert Maeder (AR) und die teilweise im selben Umfeld beheimatete Leni Robert (Freie Liste, BE) konnten sich nicht entscheiden, mit den drei Grünen eine Fraktion zu bilden, weil ihnen diese, obwohl innerhalb und ausserhalb des grünen Spektrums gemässigt, zu radikal schienen.

Aufschlussreich für die Angst vor grünem Radikalismus ist auch die Begründung des Zentralsekretärs der Evangelischen Volkspartei (EVP) Hans Schoch, warum seine Partei einem Beitritt Maeders zur Fraktion des Landesrings der Unabhängigen (LdU) und der EVP zustimme. Maeder sei «gemässigt, nicht radikal», erklärte er gegenüber der Berner Zeitung (BZ), ergänzte dann aber, dass er einer weiteren Aufstockung der Fraktion durch Leni Robert skeptisch gegenüberstehen würde, da die Fraktion durch die neuen LdU-Nationalräte Verena Grendelmeier (ZH) und Hansjürg Weder (BS) zusätzlich einen «stark grünen Anstrich» erhalten habe und mit der Aufnahme von Leni Robert «der Bogen überspannt werden könnte». Eine gemässigt grüne Fraktion gar aus LdU, EVP, Grünen und Freien wurde von allen Beteiligten abgelehnt. Den Grünen war der Landesring zu wenig grün. Mit einer Anlehnung an den Landesring verlören sie an Profil, erklärte GPZ-Kantonsrat Bisig im zitierten BZ-Artikel, und die Orientierungsprobleme für den Wähler nähmen noch mehr zu.⁹ Eine Fraktionsgemeinschaft mit der POCH kam für die gemässigten Grünen nicht in Frage; von einer Verbindung mit der NA – vom Programm her immerhin denkbar – wurde gar nie gesprochen.

3. Kleine Schritte zur kleinen Partei

Seither hat die GPS an Bedeutung gewonnen. Sie erhielt Zuzug aus dem Tesin und dem Thurgau, und Leni Robert schloss sich mit der Freien Liste nun doch an. Der Ziehvater der GRAS, Luzius Theiler, musste eingestehen, dass die Föderation der Grünroten «praktisch gestorben» sei; seit Herbst 1985 ist die DA beobachtendes Mitglied der GPS. Der trennende Graben läuft seither zwischen GPS und einer lockeren Sympathieverbindung der radikalen Grünen mit der grünen POCH.

Im Frühjahr 1986 soll die Föderation der Grünen Parteien der Schweiz in Grüne Partei der Schweiz umbenannt, mit diesem Schritt der Aufbruch zur

⁷ BZ 12. 10. 1983.

⁸ BZ 26. 10. 1983.

⁹ BZ 27. 10. 1983.

Bundespartei signalisiert und eine bessere organisatorische Basis für die Nationalratswahlen 1987 geschaffen werden.¹⁰ Eine grosse grüne Partei nach dem Vorbild der Grünen in der Bundesrepublik wird damit aber vermutlich noch lange nicht entstehen.

4. Zwischenbilanz

In der skizzierten Entwicklung läuft ein für die grünen Anliegen verhängnisvoller Mechanismus ab: Um zu politischer Bedeutung zu kommen, darf eine Bewegung in der Schweiz nicht extrem sein. Um nicht extrem zu erscheinen, grenzen sich die pragmatisch orientierten Grünen gegen links und rechts ab. Das erhöht zwar ihre Chancen, von der grossen, zur Mitte tendierenden Mehrheit der Wähler gewählt zu werden¹¹. Die grüne Bewegung als ganze aber wird zersplittert und damit geschwächt.

Grund dafür ist allerdings nicht nur der Zwang zur Mitte. Basisarbeit in kleinen, individuellen Gruppen gehört zur Ideologie der Grünen, Individualismus und ein Hang zur Orthodoxie zum Charakter ihrer meistengagierten Mitglieder. Einen weiteren Grund für die mangelnde Einigungsfähigkeit der Grünen vermutet Hugo Bütler in der NZZ darin, dass der Druck zur Einigung zu gering sei. Anders als in der Bundesrepublik sei es nicht notwendig, als starke Partei aufzutreten, um politisch wirksam zu sein. Initiative und Referendum böten eine Handhabe zur politischen Wirksamkeit unabhängig von Parlamentssitzen. Zudem seien die Parteien in der Schweiz bürger näher und flexibler im Aufgreifen neuer Ideen, die im breiteren Spektrum «einer auf das Gemeinwesen insgesamt ausgerichteten Weltanschauung eben doch das bessere und tragfähigere Wirkungsfeld» fänden.¹² Ist dies der Fall? Dazu das nächste Kapitel.

III. Die Grüntünche der etablierten Parteien

Der Schweizer ist in einem seltsamen Konflikt: Er fühlt grundgrün, aber er will keine grüne Politik, weil er dabei rot sieht und ihre einschneidenden Konsequenzen im Alltag fürchtet. Das kommt den Parteien gleich zweifach gelegen: Sie können mit grünen Parolen Wähler gewinnen und dann doch ungestraft ihre politische Umsetzung unterlassen. – Diese Behauptung (und Antwort auf die Frage am Schluss des letzten Kapitels) soll nun illustriert werden:

10 BaZ 26. 4. 1985, BZ 18. 11. 1985.

11 Vgl. Hans Peter Faganini, «Die Parteien im Blickfeld des Bürgers», NZZ 18. 7. 1985.

12 NZZ 12. 2. 1983.

1. Das grüne Herz des Schweizers will nicht bluten

Das grüne Herz des Schweizers schlägt in den letzten Jahren stärker. Meinungsumfragen belegen, dass die Mehrheit der Bürger der Umweltschutzpolitik erste Priorität geben.¹³ Die Sorge um die Umwelt – am nachhaltigsten ausgelöst wohl durch das Waldsterben – kommt vermutlich weniger aus dem Kopf, der logisch die Ursachen-Wirkungsketten ermisst, als aus dem Gemüt. Umweltschutz lag dem Schweizer schon am Herzen, bevor Wald- und Bodensterben die Grünen auf den Plan riefen. In den sechziger Jahren wurde der Gewässerschutz vorangetrieben. Einen Höhepunkt des Engagements für einen umfassenden Umweltschutz brachte das Jahr 1971: Der World-Wildlife-Fund (WWF) Schweiz stellte ein 44-Punkteprogramm zum Umweltschutz auf, die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz wurde gegründet, die Verpackungsindustrie rief zur «Aktion saubere Schweiz» auf, das Parlament verabschiedete ein bedeutend verschärftes Gewässerschutzgesetz, und das Stimmvolk genehmigte mit fast 93 Prozent Ja und in allen Ständen einen Verfassungsartikel für den Umweltschutz. Dies veranlasste die Räte, einstimmig eine Motion Binder (CVP) zu überweisen, die den Bundesrat auf allen Ebenen zu unverzüglichem Handeln in Sachen Umweltschutz aufforderte, worauf im Eidgenössischen Departement des Innern ein Amt für Umweltschutz geschaffen wurde.¹⁴

Doch wie sieht es mit konkreten Massnahmen aus? Zwei Abstimmungen im Jahr 1979 machen beispielsweise deutlich, unter welchen Voraussetzungen der Schweizer zu grünen Vorlagen ja sagt: Der Verfassungsartikel für Fuss- und Wanderwege, der kaum jemanden etwas kostet, wurde mit dreiviertel Jastimmen angenommen. Am selben Tag wurde die Bestimmung zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen, wo Wirtschaftsinteressen auf dem Spiel standen, abgelehnt – allerdings mit einer knappen Mehrheit¹⁵. Das Umweltschutzgesetz aber wurde 12 Jahre verschleppt und erst vor den Parlamentswahlen 1983, in denen Grün als Trumpfkarte galt, verabschiedet. Das lässt ermessen, welchen Eindruck die überwältigende Volksmehrheit für den Verfassungsartikel auf die Parlamentarier ausgeübt hat . . .

2. «Alle Parteien wollen <grün> sein»

«Dass der Romanshorner Schwanenvater und Ex-Republikaner Christian Vetsch in nächsten Herbst mit zehn Umweltschutz-Volksvertretern in den

13 Vgl. z. B. BaZ 4. und 5. 1. 1986.

14 Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern, *Schweizerische Politik 1971*, Bern 1972, S. 120 f.

15 a. a. O. S. 169.

Nationalrat einziehen könnte, weil er angekündigt hat, mit seiner «grünen Aktion Zukunft Schweiz» nun Politik machen zu wollen, glaubt in den etablierten politischen Parteien keiner. Aber sicherheitshalber beginnt man, sich und andere daran zu erinnern, dass «man» eigentlich schon immer für den Umweltschutz gewesen sei . . .»¹⁶ So begann die Basler Zeitung eine Vorschau auf die Nationalratswahlen 1978, die ersten, in welchen grüne Parolen eine Rolle spielten. «Angst vor den Grünen? Grosse Parteien geben sich gelassen» überschrieb derselbe Verfasser, Peter Amstutz, fünf Jahre später einen Artikel zum selben Anlass und Thema.¹⁷ Was hatte sich seither geändert? Während die Parteistrategen 1978 noch keinem grünen Kandidaten eine Chance gegeben hatten, rechneten sie jetzt mit «höchstens zwei zusätzliche(n) Sitze(n).» Man nahm die Grünen als Konkurrenten also um ein geringes ernster. Und man stellte das eigene grüne Engagement um ein etwas weniger geringes mehr in den Vordergrund. Die einzelnen grossen Parteien unterscheiden sich kaum in den Reaktionen. Ein Überblick über die in der Presse veröffentlichten Stellungnahmen und Berichte sowie ausführliche Interviews mit Vertretern der Parteien lassen ein Muster erkennen, das mit den Worten «umtaufen – eingrenzen – abgrenzen» charakterisiert werden kann.

Mit «umtaufen» ist gemeint, dass alle bisherigen Erklärungen und politischen Vorstösse in Sachen Umweltschutz, Förderung des öffentlichen Verkehrs und Energiepolitik nun als «grünes Engagement» bezeichnet werden. Das Schlagwort liefert gewissermassen im Nachhinein einen umfassenden Rahmen für im Einzelfall pragmatisch festgelegte Ziele. So erinnert CVP-Generalsekretär H. P. Faganini im Interview an den Ursprung des Umweltschutzartikels und des entsprechenden Gesetzes in seiner Partei, gesteht aber ein, dass die CVP nach den Nationalratswahlen von 1983 bei der Analyse ihrer Verluste selbstkritisch feststellen musste, sie habe bezüglich grüner Politik «im Jahr 1983 zu wenig darauf geachtet, dass das Thema derart bedeutsam sein könnte». Insbesondere habe die CVP-Fraktion in der Walddebatte «nicht unbedingt die allerbeste Falle gemacht».¹⁸

Das Umtaufen ist durchaus legitim, solange die Sache damit nicht verfälscht wird. Problematisch wird es zum Beispiel, wenn die Schweizerische Volkspartei (SVP) darauf hinweist, sie sei schon immer grün gewesen, indem sie sich besonders für die Land- und Forstwirtschaft eingesetzt habe.¹⁹ Gerade in der Landwirtschaft setzt sich ein Umdenken und Umstellen auf ökologische Produktionsweisen besonders langsam durch, und das Bodensterben ist eine Folge noch heute vorherrschender Landwirtschaftspolitik.

16 BaZ 8. 8. 1978.

17 BaZ 17. 5. 1983.

18 Interv. 30. 1. 1986, S. 2.

19 Interv. 13. 2. 1986, S. 1.

Am ehesten ist – neben der NA – der LdU legitimiert, von einer grünen Tradition zu sprechen, indem er bereits 1974 in einer Schrift «Grundsätze und Richtlinien» festhielt, dass der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu den zentralen Anliegen der Partei gehöre.²⁰

3. Ein- und Abgrenzungen

Mit dem Umtaufen allein ändert sich faktisch nichts an der Politik. Immerhin kann es Ausdruck eines verstärkten Problembewusstseins sein und damit Basis für mehr grüne Politik. Die angesprochenen Parteienvertreter räumen alle ein, dass das Auftreten der Grünen auslösend, anregend und beschleunigend gewirkt habe.

Nachweisen lässt sich das auf der Ebene der Parolen, besonders im eidgenössischen Wahlkampf 1983. Hauptmotiv scheint aber mehr die Anpassung an einen Trend als genuines Problembewusstsein gewesen zu sein. «Man kann sicher sagen, dass die Parteien auf einen fahrenden Zug aufgesprungen sind», erklärt zum Beispiel der Pressesprecher der Freisinnig-demokratischen Partei (Fdp), Christian Beusch, und er weist darauf hin, dass es zu den legitimen Anstrengungen einer Partei gehört, «sich der Umgebung anzupassen und Postulate zu übernehmen».²¹ H. P. Faganini spricht in diesem Zusammenhang schon 1981 von der Entdeckung einer «politischen Marktlücke», die bei den Parteien aber nur eine «Erweiterung des Zielbündels» bewirkt habe.²²

Er kommt sowohl in dem zitierten Aufsatz als auch in Interview 5 Jahre später zum Schluss, dass der Paradigmenwechsel, das grundsätzliche Umdenken, nicht stattgefunden habe. Tatsächlich wurde grünes Gedankengut nur in dem Mass übernommen, in welchem es die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht in Frage stellt. Dies gilt auch für die am stärksten grün eingefärbte grosse Partei, die sozialdemokratische (SP). Parteipräsident Helmut Hubacher erklärt in diesem Zusammenhang, er sehe keine Alternative zu unserer Marktwirtschaft, aber da diese weder sozial noch ökologisch sei, brauche sie Auflagen.²³ Hier unterscheidet sich die SP von der Fdp nur insofern, als letztere nicht Auflagen, sondern «marktwirtschaftliche Lösungen» für den Umweltschutz sucht.²⁴ Faganini und der Sekretär des LdU, Jürg Schultheiss, verwenden bei der Zielbeschreibung der grünen Politik ihrer Partei wörtlich dieselbe Formulierung, nämlich die «Versöhnung von Ökologie und Ökonomie».²⁵

20 *Landesring, Grundsätze und Richtlinien*, Schriftenreihe LdU Nr. 90, Bern 1974, S. 1.

21 Interv. 28. 1. 1986, S. 1.

22 Hans Peter Faganini, «Die Parteien vor dem Problem des Umweltschutzes», *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft* 1981, S. 88 f.

23 Interv. 31. 1. 1986, S. 9.

24 Interv. 28. 1. 1986, S. 2.

25 Interv. 29. 1. 1986, S. 1 und Interv. 30. 1. 1986, S. 3.

Der grösste gemeinsame Nenner aller Parteien für grüne Politik beschränkt sich also auf wie immer geartete isolierte Umweltschutzmassnahmen. Weitgehende Einigkeit besteht über den Einbezug der Verkehrspolitik (Förderung des öffentlichen Verkehrs), LdU und SP beziehen explizit die Energiepolitik und die Entwicklungspolitik ein, SP-Präsident Hubacher auch die Sozialpolitik.²⁶ Dabei grenzen sich alle etablierten Parteien mit ihrer grünen Politik von den Organisationen der grünen Bewegung ab. Nicht nur kritisieren sie übereinstimmend die Eindimensionalität der Bewegung (Faganini: «Sie deklinieren alle Themen unter dem Stichwort grün.» –²⁷), sie erachten die Grünen auch übereinstimmend als extrem. «Es geht ihnen letztlich um etwas anderes; sie haben ein umfassendes politisches Programm, und die Umweltpolitik ist offenbar ein Element, mit dem sie denken, auch die andern Ziele erreichen zu können», urteilt SVP-Generalsekretär Max Friedli. Auch in der SP gibt es solche Befürchtungen. Parteipräsident Hubacher erzählt, er sei vor dem Eintritt des grün profilierten Sozialdemokraten Paul Rechsteiner in die Nationalratsfraktion von Parteifreunden gewarnt worden: «Vor dem müsst ihr aufpassen, das ist ein Extremist!»²⁹

4. Konsenszwang und ideologische Grenzen

Diese Ein- und Abgrenzungen sind aus mehreren Gründen unvermeidlich: Der mit konsequent grünen Forderungen verbundene Paradigmenwechsel kommt naturgemäss in Konflikt mit der bisherigen Ideologie jeder etablierten Partei. Konkret wirkt sich das aus in Zielkonflikten bei der Entwicklung der Parteipolitik und in Konflikten mit der Basis. Ein Beispiel für einen Zielkonflikt: Im Kanton Bern ist eine Motion der SVP für Beibehaltung der Fruchtfolgefläche hängig, wonach kein Landwirtschaftsland mehr überbaut werden darf. Andererseits setzt sich der SVP-Vertreter in der Regierung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, d. h. für die Ansiedlung von Industrie in Landregionen und Berggebieten ein.³⁰

Einen Konflikt mit der Basis schildert anschaulich Helmut Hubacher für die SP mit dem folgenden Seufzer eines alten Arbeiters: «Kollege Hubacher, in der Partei und Gewerkschaft haben wir gelernt, jeden sozialen und technischen Fortschritt zu befürworten; das war sozialistisches Gedankengut. Ich war dabei, als man von Autobahnen träumte und wir dafür kämpften, dass sich jeder ein Auto leisten kann. Auch Atomkraftwerke gehören in dieser Philosophie zum Fortschritt. Und nun soll das alles nicht gut sein.»³¹

26 Interv. 31. 1. 1986, S. 1.

27 Interv. 30. 1. 1986, S. 1.

28 Interv. 13. 2. 1986, S. 1.

29 Interv. 31. 1. 1986, S. 14.

30 Interv. 13. 2. 1986, S. 3.

31 Interv. 31. 1. 1986, S. 2.

Hinzu kommt, wie bei den Spaltungerscheinungen unter den Grünen, der Hang zum Pragmatismus und zur Mitte: «Mit extremen Forderungen nützt man der Umwelt und dem Wald nichts», sagt der SVP-Generalsekretär, «weil sie keinen Konsens finden».³² Faganini kritisiert die Grünen als Gesinnungsethiker, denen das Prinzip wichtiger sei als die politische Realisierbarkeit.³³ Unter dem Titel «Fortschritt mit Augenmass» schreibt der Generalsekretär der FdP, Hans Rudolf Leuenberger, in einem Grundsatzartikel zur freisinnigen Politik als einer «Politik des Bewahrens positiver Werte einerseits und der zeitgemässen Neuerungen andererseits», und etwas weiter unten: «Es ist dem entgegenzuwirken, dass der Wähler seine Zuflucht bei Splittergruppen sucht, die nicht mehr als eine politische Fata Morgana sind. Sie laben den Dürstenden nicht und nähren den Hungernden nicht. Sie sind bald wieder weg. Der Kampf muss gegen die politische Zersplitterung geführt werden, weil sonst an die Stelle einer wünschenswerten massvollen Vielfalt der heute schon erkennbare Fatalismus tritt.»³⁴

Aus dem letzten Zitat spricht eine Ambivalenz gegenüber den Grünen, die auch bei den andern Parteien anzutreffen ist: Einerseits fürchtet man die politische Sprengkraft grüner Gruppen und versucht deshalb, ihre Anliegen zu übernehmen, andererseits versucht man sie als kurzlebige Bewegung abzutun. Meine Gesprächspartner bei SVP und FdP sind überzeugt, dass die Grünen von der politischen Spielfläche verschwinden werden. Bei CVP, SP und LdU ist man vorsichtiger und macht die Frage von der ökologischen Entwicklung und den Antworten der etablierten Parteien abhängig.³⁵

Vermutlich ist es auch eine Folge dieser Ambivalenz, dass grüne Politik – abgesehen vom Schlagwortgetümel – von den Parteien als ganzes kaum betrieben wird. Vielmehr gibt es innerhalb der Parteien einzelne Exponenten, die mit ausgeprägtem grünem Engagement hervorragen – und die dadurch für die Partei untragbar werden können, wie mehrere Fälle bei der FdP belegen (z. B. Rosmarie Bär, Bern). Andererseits ist die Präsidentin von WWF Schweiz, Anne Petitpierre, FdP-Grossrätin.

5. Grüne Politik à la Suisse

Der Konsens, der unter den geschilderten Voraussetzungen möglich ist, schlug sich bisher am greifbarsten in dem von den vier Regierungsparteien im November 1984 beschlossenen Zehn-Punkte-Programm zur Bekämpfung der Luftverschmutzung nieder. Es fordert vom Bundesrat, bis spätestens Anfang 1985 verschärfte Abgasnormen zu beschliessen, mit finanziellen Anreizen Katalysatorenautos und bleifreies Benzin zu propagieren und den Schwefel-

32 Interv. 13. 2. 1986, S. 3.

33 Interv. 30. 1. 1986, S. 8.

34 NZZ 30. 1. 1985.

35 Interv. 28. 1. 1986, S. 5; 13. 2. 1986, S. 9; 30. 1. 1986, S. 8; 29. 1. 1986, S. 8; 31. 1. 1986, S. 12.

gehalt des Heizöls herabzusetzen.³⁶ Als «zu wenig und zu spät» taxierte der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz Bernhard Wehrli diese Massnahmen in einem mit vielen Zahlen untermauerten Artikel in der NZZ.³⁷ Einen Gradmesser für das Ausmass des umweltpolitischen Engagements der etablierten Parteien zusammengekommen liefern auch die Verhandlungen um die Verwendung des Treibstoffzolls in der Budgetdebatte im Dezember 1985. Nach den grossen Worten der «Walddebatte» in einer Sondersession der Räte im Februar 1985, die auf Initiative der SP stattfand und der die andern Parteien unter dem Druck der öffentlichen Meinung nur widerstrebend zugestimmt hatten, wurden sämtliche Anträge von grünen Parlamentariern aus den Reihen der CVP, der SP, des LdU und der POCH für eine grössere Umweltschutztranche verworfen. Es blieb bei den vom Bundesrat vorgeschlagenen 34 Millionen Franken (von zwei Milliarden Treibstoffzolleinnahmen), und der gegenüber dem Vorjahr erhöhte Kredit für den Hauptstrassenbau wurde nicht zugunsten des Umweltschutzes gekürzt. 1,3 Milliarden wurden für den Bau und Unterhalt von Nationalstrassen bewilligt, und 540 Millionen für den kantonalen Strassenbau. Die Freisinnigen stimmten en bloc gegen eine andere Verteilung, ein Teil der CVP, der LdU/EVP-Fraktion, der NA und der Linken sowie die Grünen stimmten für die Änderungsanträge.³⁹

6. Bilanz

Grüne Politik à la Suisse beschränkt sich weitgehend auf Parolen.

Nach den Nationalratswahlen 1983 urteilten die Kommentatoren in der Presse einstimmig: «Grün siegte doch!»⁴⁰ Den Sieg sahen sie darin, dass die grün profilierten Kandidaten in den etablierten Parteien besser abgeschnitten hatten als andere. «Damit wird in den konventionellen Gruppierungen ein grüner Druck erzeugt, wie ihn «ordentliche Grüne» nie zusammenbrächten. (...) Grüner denken kann das Parlament nur mit «Grünen» in den angestammten Machtzirkeln», schrieb zum Beispiel Rudolf Bächtold in der «Weltwoche» unter dem oben zitierten Titel. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass viele der 22 im Kanton Zürich von 8 Umweltschutzorganisationen empfohlenen Kandidaten aus neun Parteien aller couleur in den Wahlen um mehrere Listenplätze empor- und einige neu ins Parlament einrückten. Dadurch schimmern die Parteien allesamt etwas mehr grün; ein Effekt ist aber in der

36 NZZ 15. 11. 1984.

37 NZZ 21. 12. 1984.

38 BaZ 6. 2. 1985.

39 TA 9. u. 11. 12. 1985.

40 Kommentar Rudolf Bächtold in *Weltwoche* 27. 10. 1983. Vgl. z. B. auch Wilfried Maurer und Roger Blum in TA 26. 10. 1983, Peter Gilg in BZ 26. 10. 1983, ak in *Volksrecht* 26. 10. 1983.

Politik – jedenfalls auf Bundesebene – nur minim nachzuweisen. Das Ergebnis ist vielmehr: Grüne Substanz wird in der Mühle der Konsens-Parteipolitik zur grünen Tünche. Die Grünen haben weniger die Parteienlandschaft verändert als die Parteienlandschaft die Grünen – oder doch mindestens ihre Anliegen, und dies in einem Mass, dass von grüner Politik in der für diesen Begriff geforderten Konsequenz nicht mehr die Rede sein kann. Der Politiker spricht grün, der Wähler wählt grün, und dann lassen beide die Sache fahren.

IV. Ausblick

Die pessimistische und pointierte Schlussfolgerung im letzten Kapitel lässt im Hinblick auf die Zukunft zwei Faktoren ausser Acht:

Die zunehmende Verwirklichung des Umweltschutzgedankens im Alltag – Recycling von Glas und Metall, Verzicht auf Schwarzräumung der Strassen, Heizkostensparmassnahmen und ähnliches – lassen den Schluss zu, dass grünes Denken bei immer mehr Leuten an Boden gewinnt. Es ist möglich, dass so von unten her der Druck auf die Parteien wächst, grüne Politik ernster zu nehmen. Dieser Prozess ist allerdings sehr langsam und lokal begrenzt, beides Faktoren, die der Notwendigkeit globaler ökologischer Politik nicht genügen.

Grösser wird zweifellos die Wirkung neuer alarmierender Entwicklungen in der Umweltsituation sein. Zwar stösst man bei Politikern immer wieder auf erstaunliche Resistenz gegenüber Informationen über die Gefahren der Umweltzerstörung. Ich bin bei meinen Recherchen auf Wahlstrategen in bürgerlichen Parteien gestossen, die bereits damit rechnen, dass das Thema Umweltschutz in den Nationalratswahlen von 1987 nicht mehr so prominent sein könnte wie 1983. Sie sind allerdings in der Minderheit, und sie werden zumindest die Analysen der kantonalen und städtischen Wahlen von 1984 und 1985 zur Kenntnis nehmen, wonach die NA, die Vigilants und die Grünen (inclusive POCH) die einzigen Parteien sind, die immer auf Kosten der Regierungsparteien Zuwachs erhielten.⁴¹ Dabei ist allerdings nicht anzunehmen, dass die NA ihren Stimmenanteil vor allem ihrem grünen Programmteil verdankt, sondern vielmehr dem Asylantenproblem.

Vor diesem Hintergrund lassen sich folgende Entwicklungsszenarien denken (die Anregung zu den Szenarien 2 und 3 verdanke ich einem politisch engagierten Wissenschaftler, der nicht genannt sein will):

Szenario 1:

Die Verdrängungsmechanismen funktionieren weiter, die Grünen zersplittern sich weiterhin in Orthodoxiekämpfen, die Parteien absorbieren wie in den Kapiteln II und III skizziert jeden grünen Impuls.

⁴¹ TA 28. 12. 1985.

Szenario 2:

Der Trend grüner Wahlsiege hält an. Die kleineren linksliberalen, schon heute stark oder ganz grünen Parteien schliessen sich zu einer ökologisch-demokratischen Partei zusammen. Ihr gehören an die Grüne Partei (jetzt noch Föderation der grünen Parteien der Schweiz), die Freie Liste, der Landesring und die Evangelische Volkspartei. Sie kann Zuzug erhalten vom linksliberalen Flügel von CVP, FdP und SVP. Die Grünen Alternativen der Schweiz (GRAS), die POCH und der linke Flügel der SP schliessen sich zu einer grün sozialistischen Partei zusammen.

Der Verbund dieser Mitte-Linksgrünen wird zur Opposition zum orthodoxen Wirtschaftsflügel der bürgerlichen Parteien und zum konservativ-sozialistischen Teil der SP.

Szenario 3:

Die grossen Parteien erleiden namhafte Wahlverluste, der Druck der öffentlichen Meinung für eine effektive ökologische Partei nimmt zu. Dies gibt den zur Zeit noch wenig mächtigen Umweltbewussten in den grossen bürgerlichen Parteien Auftrieb. Um eine Abspaltung zu verhindern, ändern die Parteien ihren Kurs und werden effektiv grüner. Damit handeln sie sich jedoch die Abspaltung der orthodoxen Wirtschaftsflügel ein, welche sich zu einer Rechtsopposition verbinden. Der konservativere Teil der SP arbeitet mit den Grünbürgerlichen zusammen, der linke Flügel der SP schliesst sich wie in Szenario 2 mit GRAS und POCH zur grünsozialistischen Partei zusammen.

Prognose:

In echt schweizerischer Manier wird sich eine homogenisierte Mischung der Szenarien 1 bis 3 herausbilden.